

## Syrien-Resolution des GEW Landesvorstandes Bremen

**Der Landesverband der GEW Bremen fordert den Stopp jeglicher Kriegsaggression in und gegen Syrien und verurteilt jeden Einsatz, die Produktion, den Handel und die Lagerung von chemischen und anderen Massenvernichtungswaffen.**

- ▶ Wir wenden uns gegen jegliche Kriegspläne und kriegerischen Aggressionen der USA und ihrer Verbündeten gegen Syrien. Wir fordern ein Ende der Unterstützung aller Bürgerkriegsparteien. Beides verletzt die Prinzipien der UN-Charta und des Völkerrechts und birgt die Gefahr der Ausweitung des Konflikts.
- ▶ Notwendig ist eine politische und demokratische Konfliktlösung. Wir verurteilen jeden Versuch, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Syriens zu untergraben
- ▶ Wir fordern die syrische Regierung, die syrischen Oppositionsparteien, alle politisch Verantwortlichen der so genannten internationalen Gemeinschaft auf, aktiv zu einer friedlichen Konfliktlösung beizutragen und wir erwarten von den Staaten der Europäischen Union eine rasche und unbürokratische Aufnahme der syrischen Kriegsflüchtlinge und Vertriebenen.
- ▶ Wir erwarten von der deutschen Regierung im Falle des Kriegseintritts der USA ihnen die Überflugrechte und jegliche militärische Unterstützung zu entziehen. Im Falle des Kriegseintritts ohne UN-Mandat verstößt die USA zudem gegen die UN-Charta und internationales Recht.

Begründung:

Am 21. August 2013 kam es zu einem Einsatz von Chemiewaffen im syrischen Bürgerkrieg, bei dem auch hunderte von Zivilisten den Tod fanden. Die Urheber dieses Angriffs sind bis heute nicht zweifelsfrei ermittelt. Die verfügbaren Informationen über die politische und soziale Situation in Syrien sind ungenau und unterliegen häufiger Manipulation als Ausdruck der komplexen Interessenlage der Akteure und Bürgerkriegsparteien. Dessen ungeachtet überboten sich die Regierungen in den USA, in Großbritannien und Frankreich sowie weiterer Verbündeter mit Absichtserklärungen für eine rasche Militäraktion als Antwort auf die Giftgasattacke. Diese Reaktionen ignorieren die Bemühungen einiger Staaten um eine politische Lösung des Konflikts. Sie vervielfachen die Gefahren für Leben und Überleben der Menschen in Syrien und in der ganzen Region.

Das Völkerrecht indes sieht vor, Kriegsverbrechen durch den internationalen Gerichtshof ahnden zu lassen und verbietet jede militärische Intervention ohne UN-Mandat. Kriege treffen nie die Schuldigen sondern immer die Zivilbevölkerung. Trotzdem blasen die USA und ihre Verbündeten zum völkerrechtswidrigen Angriff auf Syrien und warten nicht einmal die Ergebnisse der Untersuchungskommission der UNO ab.

Die USA und die NATO haben stets Menschenrechte, Demokratie und Kampf gegen vorgeblichen Terrorismus als Vorwand für ihre Kriege genommen Dabei erwiesen sich die meisten Gründe – wie zum Beispiel die Massenvernichtungswaffen im Irak – als falsch. Nachdem das britische Unterhaus den Kriegskurs der Regierung von Premierminister Cameron zurückgewiesen hat, verfolgt die avisierte „Strafaktion“ vordergründig das Ziel das Gesicht von Friedensnobelpreisträger und US-Präsident Barak Obama zu wahren. Tatsächlich aber geht es wie immer um die Wahrung geostrategischer Interessen und die Vormachtstellung der USA und ihrer Verbündeten im Nahen und Mittleren Osten.

Wremen, den 06.09.2013